DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 7 – 070

Positionen der LINKEN Sachsen zum Corona-Hilfspaket der Staatsregierung Sachsen

Beschluss des Landesvorstands vom 03. April 2020

Beschluss:

Wir schlagen der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag vor, dem Corona-Hilfspaket der sächsischen Staatsregierung zuzustimmen und so die dafür notwendige Zweidrittelmehrheit zu ermöglichen.

DIE LINKE. Sachsen erwartet die Streichung der 8-Jahresregelung für die Tilgung der entsprechenden Kredite aus der Verfassung des Freistaates Sachsen.

Der Hilfsfonds gegen die Corona-Krise soll ausschließlich zur Kompensation der Probleme in der Gesellschaft, dem Sozialbereich und der Wirtschaft dienen. Eine Verrechnung mit den zu erwartenden Steuer-Einnahmeausfällen des Freistaates muss ausgeschlossen sein.

In diesem Zusammenhang betonen wir die Notwendigkeit einer Privatisierungsbremse, also einer gesetzlich vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit in den jeweils verantwortlichen Parlamenten bzw. Vertretungskörperschaften für Privatisierungen öffentlichen Eigentums. Die aktuell angeschobenen Investitionen in die Krankenhäuser sind richtig und wichtig, und bedürfen einer Verstetigung. Der Staat darf sich nach der Pandemie nicht wieder aus der öffentlichen Daseinsvorsorge zurückziehen. Er soll die Selbstverwaltung im Gesundheitssystem nicht ersetzen, aber diese streng kontrollieren und schnelle Hilfestellung bieten können. Das neoliberale Dogma des “schlanken Staats” ist gescheitert und hat sich als geradezu lebensbedrohlich herausgestellt. Der Staat muss handlungsfähig bleiben, um auf kurzfristig auftretende Krisen schnell und angemessen reagieren zu können.

Mittelfristig (und in Verbindung mit einer von uns erwarteten Verfassungsdebatte) streben wir die Rekommunalisierung bzw. Vergesellschaftung privatisierter Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen an. Gesundheit ist ein öffentliches Gut, dass durch die öffentliche Hand gewährleistet sein muss. Eine Aufstockung des öffentlichen Gesundheitsdienstes ist ebenso notwendig, wie die Produktion medizinisch notwendiger Güter vor Ort.

Wir schlagen die Einrichtung eines Landesgesundheitsamtes mit der Aufgabe der Koordination und der landesweiten Datenzusammenführung im Sinne eines effizienten Bevölkerungsschutzes vor.

Entsprechend der Erklärung von 13 EU-Staaten (unter anderem auch Deutschlands) in Bezug auf Maßnahmen der Regierung Ungarns ist für uns selbstverständlich, dass auch für Sachsen in Fragen der demokratischen und Freiheitsrechte gilt: „Notmaßnahmen sollen auf das Nötigste begrenzt sein, sie sollen verhältnismäßig und befristet sein, regelmäßig überprüft werden

und die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und der internationalen Rechtsverpflichtungen respektieren. Sie dürfen nicht die freie Meinungsäußerung und die Pressefreiheit beschränken.

Anlagen: -

politische Botschaft: DIE LINKE. Sachsen unterstützt konstruktiv notwendige politische Maßnahmen im Freistaat Sachsen in Reaktion auf die Corona-Krise. Als konsequente soziale und demokratische Oppositionskraft verbinden wir diese Unterstützung mit unseren Vorschlägen für ein stabiles Gesundheitssystem in Sachsen und die Wahrung der demokratischen und Freiheitsrechte.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

weitere Maßnahmen: -

Finanzen: -

Die Vorlage wurde abgestimmt mit: Fraktionsvorsitzender und Parlamentarische Geschäftsführerin der LINKEN im Sächsischen Landtag

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r

Abstimmungsergebnis:

dafür: einstimmig dagegen: 0 Enthaltungen: 0

F.d.R.

Dresden, 03. April 2020

Janina Pfau

Janina Pfau
Landesgeschäftsführerin

Bemerkungen:

Die Regierung des Freistaates Sachsen plant ein über 6 Milliarden Euro umfassendes Corona-Hilfspaket. Entsprechend der Regelungen des sächsischen Neuverschuldungsverbotes bedarf sie dafür der Feststellung einer außergewöhnlichen Notsituation durch den Sächsischen Landtag mit Zweidrittelmehrheit. Für diese Mehrheit bedürfen die regierungstragenden Fraktionen Stimmen der Oppositionsfraktionen. Die 14 möglichen Stimmen aus unserer Fraktion wären dafür ausreichend.

Darüber hinaus gibt es Bestrebungen, die Verfassung des Freistaates Sachsen dahingehend zu ändern, dass diese Kredite nicht mehr binnen acht Jahren zu tilgen sind, sondern ein längerer Zeitraum möglich wird. Dafür bedarf es ebenso einer Zweidrittelmehrheit und einer mindestens vierwöchigen Debatte, um Einspruchsmöglichkeiten vor dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof zu wahren.

Begründung der Dringlichkeit:

Am 1.4.2020 wurden Medienberichte bekannt, nach denen die sächsische Staatsregierung plant, ein umfangreiches Corona-Hilfspaket aufzulegen. In der Jour Fixe am 2.4. zwischen FV, PGF und den beiden LV wurde vorgeschlagen, dass der Landesvorstand dafür einen politischen Rahmen beschließt. Beide Ereignisse sind kurzfristig eingetreten und bedürfen einer politischen Kommunikation durch die Partei.

Entsprechend Punkt 13 unserer Geschäftsordnung erbitten wir dementsprechend einen Beschluss über die Ergänzung der Tagesordnung in Punkt 2 durch diesen Antrag (unter Beachtung der dafür notwendigen Mehrheit von 2/3 der anwesenden LV-Mitglieder)